

BLICK in den Landtag

DIRK TOEPFFER, MdL

September 2009

Der Krieg des Einzelnen

Amoklauf in Ansbach. Erneut ein entsetzlicher Anschlag auf die Gesellschaft aus ihrer Mitte heraus. „Gewalttätige Spiele“, „Brutale Filme“, „Psychopharmaka“ waren Erklärungsversuche für das „Warum“ einiger vergangener Amokläufe. Wo die Gründe der schleichenden Selbstentzündung und der explosiven Fremdzerstörung liegen, scheint recht komplex. Genauso die Frage nach Entschärfung durch Prävention.

Als „in blinder Wut angreifen und töten“ wird der Begriff Amok anlehnend an das malaiische Wort „mon-âmok“ definiert. Der Entschluss aus blinder Wut zu töten, ist ein Prozess, der durch mangelnde Anerkennung und gesellschaftliche Ausgrenzung über einen langen Zeitraum anschwillt. „Ist schon bitter, wenn Du immer nur ein Niemand bist für die anderen“, soll Georg R. aus Ansbach vor seiner Tat gesagt haben. Eine Äußerung, die Bände spricht. Mehrere Motive nennt eine Studie der Technischen Universität Darmstadt, die sieben Amokfälle in Deutschland von 1999 bis 2006 untersuchte. Alle Täter hätten vor der Tat Kränkungen, soziale Brü-

che oder Verlustererfahrungen erlitten. In allen Fällen habe es schulische Konflikte gegeben und die Mehrzahl sei Außenseiter gewesen. Darüber hinaus hätten sich die Täter für Gewaltdarstellungen in den Medien interessiert. Ursachen also, die zu Risikoindikatoren im Verhalten sowie in der Kommunikation des Täters führen. Genannt werden Suizid-Äußerungen oder die Erstellung von Todeslisten, das Zeigen einer Waffe oder die Ankündigung eine mitzubringen, die Bekanntgabe eines Amoklaufes oder einer Racheabsicht. Fest steht dabei, dass eine Kausalkette von Ereignissen die Amoktat begünstigt und nicht ein Faktor den Nährboden für den Gewaltakt bietet. Fest steht auch, dass der Tat ein Plan vorausgeht.

Streitig ist in diesem Zusammenhang, ob eine Amok-Prävention greifen kann. Einige wenige verneinen eine solche und nennen lediglich eine Suizid- oder Gewaltprävention, die eventuell positiv auf den Amokläufer wirken könne. Andere wiederum befürworten Präventionsmaßnahmen zur Deeskalation. Soziale Kompetenzen in den Bereichen Kommuni-

kation, Interaktion, Selbstbehauptung und Konfliktlösung sowie Empathie seien notwendig. Strategien zur Bewältigung von Frustration, Demütigung und Versagen seien zur Minimierung des Risikos erforderlich.

Ein unbekannter Faktor ist nach wie vor der situative Auslöser für den Amoklauf. Dennoch sind präventive Schritte als Gegenwirkung an Schulen nötig. Das „Ausrasten“ als einzigen Weg aus der Aussichtslosigkeit zu sehen, zeigt den großen Handlungsbedarf. Um zunächst schnellstmöglich Sicherheit zu schaffen und Schutz zu gewährleisten, stellte die Fraktion der CDU und FDP im Landtag einen Entschließungsantrag. Die Beteiligten werden in Zukunft durch Informationen, Trainings und Schulungen Unterstützung finden. Darüber hinaus werden die niedersächsischen Schulen über die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Amoktat aufgeklärt, um entsprechende Präventionen zu ergreifen sowie Notfallpläne zur Verfügung gestellt. Langfristig ist aber zur Überwindung dieses Phänomens die Erweiterung von Maßnahmen wie soziale Kompetenz, Umgang mit Gewalt und Mobbing unentbehrlich.

In dieser Ausgabe:

- | | |
|---|---|
| Der Krieg des Einzelnen | 1 |
| BGH „kassiert“ Urteile des Landgerichtes Hannover | 2 |
| Entwurf für die Änderung des Niedersächsischen Hundegesetzes durch DIE LINKE | 2 |
| Dirk Toepffer ist Mitglied in der Jury des Realisierungswettbewerbes „Neukonzeption des Plenarbereichs“ | 3 |
| Public Viewing: Merkel versus Steinmeier | 3 |
| „Schwarzfahrer“ CDU-Landtagsabgeordneter findet Einzug in die bayerischen Schulbücher | 3 |
| Personalien | 4 |

JUSTIZ

BGH „kassiert“ Urteile des Landgerichtes Hannover

Immer wieder ist der Presse zu entnehmen, dass der BGH Entscheidungen des Landgerichtes rügt und zurückverweist. Angeblich kämen die Verfahrensfehler durch die Überlastung von Richtern zustande. Allerdings hat die Strafkammer seit einiger Zeit zwei Hilfsstrafkammern, denen der BGH offensichtlich nicht wohl gesonnen ist. Das Justizministerium stellte im Rahmen der Personalbedarfsberechnung fest, dass Hannover überdurch-

schnittlich gut ausgestattet ist. Das Landgericht Hannover argumentiert dagegen, dass in einer Großstadt wie Hannover die Fälle schwieriger seien und ein ganz anderes Ausmaß erreichten als an kleineren Orten. „Auch andere Gerichte haben eine hohe Belastung wie beispielsweise die Wirtschaftsstrafkammer Hildesheim, die mit erheblich weniger Personal auskommen als das Landgericht Hannover. Daraus folgt, dass die Leitung des

Landgerichtes Hannover Änderungen am Geschäftsplan zur besseren Verteilung der Gerichtsverfahren vornehmen muss“, erklärte Dirk Toepffer dazu.

PLENUM

Entwurf für die Änderung des Niedersächsischen Hundegesetzes durch DIE LINKE

Monatelang waren Hundebissen ein präsentisches Thema in der Öffentlichkeit. Die Änderung des Niedersächsischen Hundegesetzes soll möglichst einen Beitrag zur Verhinderung von Beißvorfällen leisten.

Die Fraktion DIE LINKE legte im Plenum einen Gesetzesentwurf vor. Danach wird eine Haftpflichtversicherung gefordert, die Sinn macht, da Schadensersatzansprüche des Geschädigten häufig nicht durchsetz-

bar sind, wenn der Halter nicht zahlen kann.

Der Entwurf verlangt ferner auf eine sozialverträgliche Erziehung hinzuwirken. Jedoch ist dies bereits jetzt in § 5 Abs. 1 Nr. 2 NHundG geregelt. Von daher ist der Punkt überflüssig.

Des Weiteren wird versucht den ein oder anderen zunächst unerheblichen Punkt der gültigen Fassung zu ergänzen, was leider misslingt. Denn die Regelung, dass Hundehalter ver-

pflichtet werden sich zu registrieren, kann nicht in der Hauptsache schützen. Daher wird bei der Änderung des NHundG die Frage zu stellen sein, wie Körperverletzungen zum Schutz der Allgemeinheit abgewendet werden können.



BLICK in den Landtag

LANDTAGSUMBAU

Dirk Toepffer ist Mitglied in der Jury des Realisierungswettbewerbes „Neukonzeption des Plenarbereichs“

Der Niedersächsische Landtag beabsichtigt bekanntlich eine Um- bzw. Neugestaltung des Plenarbereichs einschließlich des Eingangsbereichs, der Sitzungs- und Bürobereiche, der Bereiche für Besucher und Medienvertreter sowie des Restaurant- und Kü-

chenbereichs. Dafür wurde ein offener, zweiphasiger Realisierungswettbewerb ausgeschrieben. Im November wird die Jury 25 Vorschläge in die engere Wahl ziehen und im Februar 2010 den Gewinner bekannt geben. „Die Beurteilung der Entwürfe ist eine

spannende Aufgabe und ich bin ganz neugierig auf die kommenden Konstruktionen“, sagte Dirk Toepffer. Die Umsetzung des Projekts der Um- bzw. Neugestaltung soll bis Ende 2012 erfolgen.

LANDTAGSBÜHNE

Public Viewing: Merkel versus Steinmeier



In der „Ständigen Vertretung“ wurde am 13. September 2009 das Duell

zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier übertragen. Dabei waren Dirk Toepffer und die Bundestagskandidaten Ursula von der Leyen, Rita Pawelski, Maria Flachsbarth sowie Sebastian Lechner. Mit hei-

terem Gelächter, Raunen und spontanem Applaus wurde das Ereignis durch die Anwesenden kollektiv mitverfolgt.

„Schwarzfahrer“

CDU-Landtagsabgeordneter findet Einzug in die bayerischen Schulbücher

Dirk Toepffer kritisierte im Oktober 2008 die Kriminalisierung von Schwarzfahrern. „Schwarzfahren“ sei eher im Bereich einer Ordnungswidrigkeit einzuordnen. Verkehrsbetriebe zeigen die „Wiederholungstäter“ regelmäßig nach „dreimal Schwarzfahren“ an. 120 Menschen pro Jahr

werden zu einer Ersatzfreiheitsstrafe in einer niedersächsischen JVA für die Dauer von 120 bis 160 Tagen verurteilt. Die Kosten liegen dabei bei 192.000 € bis 1.536.000 €, ohne die Berücksichtigung der Ermittlungs- und Gerichtsverfahren. Laut Toepffer ist diese Praxis zu teuer und

unverhältnismäßig. Der Artikel „Schwarzfahrer sollen nicht mehr ins Gefängnis“ erschien in der Neuen Presse und ist nun sogar im Sozialkundebuch „Mensch und Politik“ veröffentlicht, welches fester Bestandteil des bayerischen Schulunterrichts ist.

PERSONALIEN



Heiner Hoffmeister steigt auf

Heiner Hoffmeister, stellvertretender Vorsitzender des CDU Kreisverbandes Hannover Stadt, wird zum Ministerialdirigenten ernannt und neuer Abteilungsleiter im Referat 2 für schulformübergreifende Angelegenheiten und Innovationen sowie Kirchen. Bisher war er in der Position eines leitenden Ministerialrates stellvertretender Leiter der Abteilung gewesen. Der Kreisverband wünscht viel Erfolg für die neue Aufgabe.

lunqsleiter im Referat 2 für schulformübergreifende Angelegenheiten und Innovationen sowie Kirchen. Bisher war er in der Position eines leitenden Ministerialrates stellvertretender Leiter der Abteilung gewesen. Der Kreisverband wünscht viel Erfolg für die neue Aufgabe.

rialrates stellvertretender Leiter der Abteilung gewesen. Der Kreisverband wünscht viel Erfolg für die neue Aufgabe.



Dr. Kuno Winn wechselt zur FDP

Dr. Kuno Winn ist aus der CDU ausgetreten und Mitglied der FDP geworden. Als Grund gab er die Unzufriedenheit mit der Gesundheitspolitik der Union an. Winn gehörte von 1994 bis 2008 dem niedersächsischen Landtag an.